

---

**Nominiert für den Public Eye Swiss Award 2008  
von Greenpeace Schweiz:**

## **Erdöl-Vereinigung**

Hauptsitz:	Zürich, Schweiz
Branche:	Verband der Schweizer Erdölwirtschaft
Umsatz / Gewinn:	Non Profit (Branchenumsatz 2006 allerdings ca. CHF 17 Milliarden)
Geschäftsführer:	Rolf Hartl
In Besitz von:	29 Mitgliedsfirmen
Mitarbeitende:	11 (2006)

### **In Kürze**

*Erdöl als Klimaretter? Absurd! denkt da wohl selbst ein mittelmässig informierter Zeitgenosse. Dessen ungeachtet suggerierte die Erdöl-Vereinigung in einer millionenschweren Werbe-kampagne, dass Ölkonsum klimafreundlich sei. Mit der Botschaft „Heizen mit Öl: Für mehr Klimaschutz“ wurden nicht bloss Konsumenten bewusst irreführt, sondern auch Politiker, die den Empfehlungen des Verbands der Schweizer Ölindustrie immer wieder Folge leisten. Die Lauterkeitskommission hat die zynische „Greenwashing“-Aktion dieser Tage zwar verurteilt. Das bis Ende November noch anfechtbare Präzedenzverdict gegen einen der mächtigsten Schweizer Wirtschaftsverbände ändert aber nichts am immensen klimapolitischen Einfluss der Erdöl-Lobbyisten. Umso wichtiger ist dieser Etappensieg, den er gibt Schub und Ideen für weitere Initiativen zur Haftbarkeit und Einklagbarkeit von Klimasündern auf Schweizer und globaler Ebene.*

### **Unverantwortliches Verbandsverhalten**

Im Februar 2007 publizierte der wissenschaftliche UNO-Klimarat (IPCC) als gesicherte Erkenntnis, dass menschliches Handeln für den Klimawandel verantwortlich ist. Dies vor allem durch das Verbrennen fossiler Treib- und Brennstoffe wie Öl und Kohle, wobei letzterer in der Schweiz keine Rolle spielt. Einen knappen Monat nach Erscheinen des weltweit Aufsehen erregenden IPCC-Berichts ging die Erdöl-Vereinigung (EV) als kommerzielle und politische Interessensvertretung der Schweizer Öl-Importeure und -Händler (mit Mitgliedern von BP bis Shell) in die Gegenoffensive respektive auf Kunden- und Politikerfang: Ein von der Werbeagentur Lesch+Frei gestalteter Image-Rettungsversuch wurde zwei Monate ganzseitig in der gesamten Schweizer Presse geschaltet. „Heizen mit Öl: Für mehr Klimaschutz“ lautete der irrwitzige Slogan, weil dank dem Effizienzgewinn moderner Ölheizungen und Zusatzmassnahmen wie Sonnenkollektoren und Wärmedämmung der CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduziert werden könne und somit Klimaschutz betrieben werde. Greenpeace Schweiz reichte bei der

Lauterkeitskommission (ein Selbstkontrollorgan der Werbebranche) Beschwerde ein, weil die EV den Klimaschutz für ihre Zwecke missbrauche und Konsumentinnen wie Politiker gezielt irreführe, da Öl neben Kohle nachweislich der klimaschädlichste Brennstoff überhaupt ist. Geklagt wurde auch gegen das Argument des Effizienzgewinns, da dies bei den Konkurrenzprodukten ebenso zutrefte. Und die zusätzlich angepriesenen Massnahmen (Sonnenkollektoren, Wärmedämmung) würde zwar zum Klimaschutz beitragen, hätten aber nichts mit Ölheizungen zu tun. In ihrer 15-seitigen Rechtfertigung ging die EV mit keinem Wort auf diese Hauptvorwürfe ein, was die Lauterkeitskommission vermutlich mitbewogen hat, die Beschwerde am 6. November gutzuheissen und die EV aufzufordern, solch „unlautere Werbeaussagen künftig zu unterlassen“.

## **Folgen**

Mit ihren kommerziellen Kampagnen und politischen Vorstössen sabotiert die EV eine verantwortungsvolle Schweizer Klimapolitik. Der Strassenverkehr ist und bleibt das grösste klimapolitische Sorgenkind in der Schweiz, da der von ihm verursachte CO<sub>2</sub>-Ausstoss unaufhaltsam steigt. So lancierte sie 2002 als direkte Alternative zur aufkommensneutralen CO<sub>2</sub>-Abgabe den „Klimarappen“. Dieser wurde vom Bundesrat 2005 genehmigt, obwohl er keine Trendumkehr bewirkt. Denn nebst der Finanzierung von marginalen Klimaprojekten im Inland werden die Klimarappen-Einnahmen für den Kauf ausländischer Emissionszertifikate verwendet, mit denen der allergrösste Teil der Reduktionsverpflichtungen gedeckt werden soll. Der Mechanismus dahinter basiert auf einem bedenklichen Taschenspieler-Trick, der oftmals durch Interessensvertreter der fossilen Industrie erst in die Diskussion und dann in die Gesetzgebung eingeschleust wird. So verlieren die Industrieländer ihre Glaubwürdigkeit beim Klimaschutz, da ihr tatsächlicher CO<sub>2</sub>-Ausstoss auch heute noch steigt.

## **Aktueller Stand und Forderungen**

Greenpeace Schweiz plant nach dieser positiven Entscheidung, den aktuellen Erfolg konsequent weiterzuführen: Dabei geht es v.a. um die juristische Einklagbarkeit von Klimasünden (auch in der Kommunikation) und das Recht auf Schutz vor menschenverursachtem Klimawandel. Konkret fordert Greenpeace die EV auf, Öl reduzierende Klimaschutzmassnahmen nicht mehr zu blockieren. Das neue Schweizer Parlament soll sich deutlich von den «Klimaschutzplänen» der Erdöllobby distanzieren. Denn als vom Klimawandel besonders betroffenes Alpenland hat die Schweiz ein vitales Interesse, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoss weltweit sinkt. Vom Ausland kann die Schweiz aber erst entsprechende Taten verlangen, wenn sie ihre eigenen Klimaschutzziele hoch ansetzt und auch erreicht.

## **Weitere Informationen:**

- [www.greenpeace.ch/de/themen/klima/klima-news-single/archive/2007/may/article/oel-gleich-klimaschutz-entschieden-falsch-1](http://www.greenpeace.ch/de/themen/klima/klima-news-single/archive/2007/may/article/oel-gleich-klimaschutz-entschieden-falsch-1)
- [www.erdoel.ch/site/erd565106/akt865185/ev0310254/wer880626858.asp?osLang=1](http://www.erdoel.ch/site/erd565106/akt865185/ev0310254/wer880626858.asp?osLang=1)
- [www.lauterkeit.ch](http://www.lauterkeit.ch)